

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Europäische Union unter finnischer Präsidentschaft

Am 1. Juli 2006 wird Finnland nach 1999 zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Das Logo in fächerförmig angeordnetem Grün und Blau, entworfen vom finnischen Grafikdesigner Timo Kuoppala und farblich inspiriert von der nordischen Landschaft, soll die Ausrichtung auf Wachstum Entwicklung kommunizieren, Offenheit durch Transparenz, Dynamik und Fortschritt vermitteln. Mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen über den Zeitpunkt der Beitritte von Bulgarien und Rumänien, die weiteren Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei, die offenen Fragen zur Funktionsfähigkeit der EU und die ungewisse Zukunft des Verfassungsvertrages sowie die begleitend zum ASEM-Gipfel (Asia Europe Meeting) geführte Diskussion über die europäischen Antworten auf die Globalisierung wird die EU von allem gut gebrauchen können.

Die **Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (ER)** unter österreichischem Vorsitz sollen signalisieren, dass sich Europa nicht länger in einer Sackgasse befindet, sondern unter dem Motto „Europa schützt“ den Bürgern mit konkreten Maßnahmen im Bereich Justiz/Inneres und Sicherheit näher kommen will. Die **Zukunftsdebatte** soll weiter geführt werden. Impulse aber werden insbesondere von Deutschland erwartet und Resultate, so eine vorsichtige Einschätzung, mit einer neuen französischen Regierung unter dann französischem Vorsitz Ende 2008 – vor der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament. Rechtzeitig vor Übernahme der Ratspräsidentschaft hat das finnische Parlament mit seinem positiven Votum zum Verfassungsvertrag ein Zeichen gesetzt und wird voraussichtlich unter finnischer Präsidentschaft auch ratifizieren. Finnland, pragmatisch, reformerprobt und modernisiert, wird Anfang 2007 von der ersten Teampräsidentschaft (Deutschland, Slowenien, Portugal) abgelöst werden. Doch schon vor Beginn ist die kommende Präsidentschaft überschattet von den großen Erwartungen, die an die folgende deutsche Präsidentschaft, in deren Zeit die Wahlen in Frankreich und den Niederlanden fallen, gestellt werden.

Der **Handlungsrahmen der österreichischen und finnischen Präsidentschaft** wurde bereits 2005 in einem gemeinsamen Arbeitsprogramm beider Präsidentschaften festgelegt. In die finnische Präsidentschaft fallen die für Oktober angekündigten **Fortschrittsberichte** der

Kommission zum Stand der Vorbereitungen in Rumänien und Bulgarien und die Entscheidung über das endgültige Datum des Wirksamwerdens der Beitritte. Die **Beitrittsverhandlungen** mit Kroatien und der Türkei sind eröffnet, das erste Kapitel abgeschlossen. Kroatien wird die Einhaltung der Zusage, jeder Kandidat werde auf Grundlage seiner eigenen Anstrengungen („on its own merits“) beurteilt, einfordern. Ob die kroatische Bevölkerung an den nächsten Wahlen zum EP 2009 wird teilnehmen können, ist aber noch nicht absehbar. Die finnische Präsidentschaft kündigte bereits an, dass sich der Fortgang der Verhandlungen nach dem individuellen Fortschritt der Beitrittskandidaten richten soll. In den Schlussfolgerungen des ER wird die Aufnahmekapazität der Union zwar nicht ausdrücklich als Kriterium vorausgesetzt, dennoch müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Union funktionsfähig zu erhalten. Es sei wichtig, dass die Union bei einer Erweiterung politisch, finanziell und institutionell arbeitsfähig bleibe. Hinsichtlich der Türkei stellte der ER klar, dass die Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen und dem Zusatzprotokoll bis Jahresende erfüllt sein müssen.

Der **Verfassungsvertrag** bleibt ein wichtiges Thema, auch wenn substantielle Fortschritte nicht erwartet werden. Der ER hat den deutschen Vorsitz mandatiert, für den Frühjahrsrat 2007 einen Bericht zu erarbeiten, der die Optionen für eine Umsetzung des Vertrages zusammenträgt, künftige Entwicklungen aufzeigen und

das sich nach den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden öffnende schmale Zeitfenster für eine erste Kompromissuche ausloten soll. Eine anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge (in Berlin) geplante politische Erklärung soll dabei hilfreich sein und die Erwartungen, die mit der Zukunft der Union verbunden sind, feierlich formulieren.

Die finnische Präsidentschaft will gleichwohl mit Vorarbeiten zu möglichen Optionen beginnen. Die EU soll unter der ungeklärten Verfassungsfrage nicht leiden, die Zustimmung der Bevölkerung zu Europa vielmehr gestärkt werden. Deshalb wählte Finnland als Schwerpunkt seiner Präsidentschaft Themenfelder wie **transparente und effiziente Entscheidungsprozesse** und gute Gesetzgebung. Zu ersterem hat der ER schon „vorgearbeitet“ und angekündigt, dass künftig die Ratsarbeit der Öffentlichkeit zugänglicher und damit transparenter gestaltet werden soll. Im Kontext der **besseren Rechtsetzung** wird für die zweite Jahreshälfte 2006 der Bericht der Kommission über die Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften erwartet.

Als Schwerpunkte bleiben der finnischen Präsidentschaft die Auswirkungen der Globalisierung auf die EU, die Folgen des Alterns, der Klimawandel und das große Thema innere Sicherheit erhalten. Nachdem der ER sich ausführlich mit Fragen der Sicherheit befasst hat, soll der finnische Vorsitz in Vorbereitung des Dezembertreffens die Überarbeitung des Haager Programms voranbringen, mögliche Verbesserungen der Beschlussfassung eruieren und sich u.a. der nicht unumstrittenen **Grundrechteagentur** annehmen. Die Kommission ist aufgefordert, einen Bericht über Maßnahmen im Bereich Migration und Sicherheit (als Folgewirkung des Treffens von Hampton Court) vorzulegen. Im Dezember sollen dann auch die erzielten Fortschritte im Bereich Justiz und Inneres bewertet werden.

Im Herbst 2006 sollen zudem die im Rahmen der **Lissabon-Strategie** erstellten Nationalen Aktionspläne erstmals einer Überprüfung unterzogen werden.

Den Bereich Forschung und Innovation will Finnland u.a. auf der Basis des Esko Aho-Innovationsberichtes stärken und sein Augenmerk richten auf die Ausgabensteigerung für F&E, die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Wirtschaft, die Mobilität von Forschungsressourcen und – besonders wichtig – die Ent-

scheidung über das 7. Rahmenprogramm für Forschung 2007 – 2013. In diesem Kontext wird unter finnischem Vorsitz auch die Entscheidung über Einrichtung und Struktur des **Europäischen Technologieinstitutes** erwartet. Die Umsetzung der Kommunikationsstrategie i2010 ist ein weiteres finnisches Anliegen. Auf der Tagesordnung stehen der Verordnungsvorschlag zu internationalen *roaming*-Gebühren und ein erwarteter Aktionsplan zur Verbesserung der Netzsicherheit in Europa. Der Vorsitz hat ein inoffizielles Telekommunikationsministertreffen angekündigt.

Energiepolitik einschließlich der Fragen der Versorgungssicherheit ist ebenso ein zentrales Thema. Der Vorsitz will sich der Diskussion über langfristige Strategien zu erneuerbaren Energien widmen und die Vorbereitungen treffen für die Entscheidung über den für Frühjahr 2007 geplanten ersten strategischen Energiebericht.

Die externe Handlungsfähigkeit der EU, die Stellung Europas in der Welt und sein Handeln in Krisensituationen gehören ebenfalls zu den Prioritäten jeder Präsidentschaft. Der Vorsitz steht im Bereich der GASP und ESVP vor besonderen Herausforderungen: beim zivilen Krisenmanagement im Kosovo ebenso wie beim Einsatz im Kongo, durch den die MONUC-Operation der VN unterstützt wird. Die erste der europäischen *battle-groups* soll ab Januar 2007 vollständig einsatzbereit sein.

Im Bereich **GASP** dürften weiter die Beziehungen zum westlichen Balkan im Vordergrund stehen. Der Vorsitz will sich bemühen, eine gemeinsam getragene europäische Perspektive für den westlichen Balkan auszuarbeiten. Die Beziehungen zu Russland sind für das Nachbarland Finnland von besonderem Stellenwert. Während des EU-Russland Gipfel (November 2006) wird der Vorsitz dazu beitragen, die *road maps* für die Gemeinsamen Räume umzusetzen. Auch soll die im Mai 2006 abgegebene Wiener Erklärung über eine Sicherheitspartnerschaft, deren Tragweite noch offen ist, vorangebracht werden. Die Nördliche Dimension der EU, in der Deutschland, Dänemark, Finnland, Polen, Schweden, Russland und die baltischen Staaten zusammenarbeiten, soll ausgebaut und ein neues Rahmendokument vorbereitet werden.

Als außenpolitisches Großereignis steht der -ASEM-Gipfel am 11./12. September 2006 an.

Quellen:

- Preliminary agenda for Finland's presidency of the EU, Cabinet Committee on EU Affairs, finish Government, 24. Mai 2006
- Rat der Europäischen Union, Jahresprogramm des Rates für 2006, vorgelegt vom künftigen österreichischen und künftigen finnischen Vorsitz, Rats-Dok. 16065/05, 22. Dezember 2005

Heike Baddenhausen, Dr. Jörg Schneider, Fachbereich 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de